

Rede zum Plenum am 07.05.2015
Zur Regierungserklärung der Bayerischen Staatsministerin Ilse Aigner
"Bayern Digital"
Verena Osgyan, MdL

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was ich in eineinhalb Jahren Landtag gelernt habe, ist, dass es bei der CSU offenbar guter Brauch ist, Dinge immer wieder anzukündigen, in wechselnden Besetzungen und Variationen.

Ob sie jemals umgesetzt werden, da wird sich hernach schon niemand mehr dran erinnern. Aber vom Ankündigen wird es auch nicht wahrer

Wir haben heute mehrfach gehört, wie Bayern zur Leitregion für den digitalen Aufbruch werden soll. Vor gut eineinhalb Jahre schwärmte Ihr Chef, Horst Seehofer, bereits in seiner ersten Regierungserklärung von Bayern.Digital und dem allumfassenden Konzept für alle Lebensbereiche und Schlüsselfragen der Digitalisierung.

Ich zitiere:

„BAYERN DIGITAL steht für nachhaltiges Wachstum und höchste Lebensqualität im Freistaat. Wir investieren in die Arbeitsplätze von morgen, eröffnen Chancen überall im Land und schaffen soziale Sicherheit für die kommenden Generationen.“

So klangen damals die Lobeshymnen. Und ich erinnere mich gut, dass damals auch von 1,8 Milliarden für 2015/2016 die Rede war. Nun ist nur noch von 500 Millionen für vier Jahre die Rede. Und im Doppelhaushalt steht wieder etwas ganz anderes.

Jetzt wurde Bayern.Digital von Ihnen, Frau Aigner, vorgestellt.
Vom damals angekündigten großen Wurf bleibt nur ein Rumpf-Konzept oder soll ich sagen Schrumpf-Konzept übrig.

Die ersten Trippelschritte sind gemacht, nur: Von einem bayerischen Masterplan der die hochgesteckten Erwartungen erfüllt, sind wir noch genauso weit entfernt wie 2013.

Ich habe den Prozess in Teilen im Beirat Bayern-Digital mit begleitet. Und ich zolle dem durchaus Respekt, dass Sie versucht haben, unter Einbeziehung von Experten (und leider wieder einmal viel zu wenig **Expertinnen**) aus Wirtschaft und Hochschulen eine digitale Strategie zu entwickeln.

Aus unserer Sicht sind damit längst nicht alle Forschungsschwerpunkte berücksichtigt, die wir für Bayerns Zukunft brauchen, aber das ist an dieser Stelle nicht mein Kritikpunkt.

Bayerns digitale Zukunft braucht eine Gesamtstrategie.

Doch anstatt die Kompetenzen zu bündeln, wurden nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ die Handlungsfelder auf alle möglichen Ministerien verteilt. Wohl um allen Kronprinzen und -prinzessinnen ihren Teil vom Kuchen abzugeben.

Jetzt hat Herr Söder Breitband und E-Government, Sie, Frau Aigner, das Zentrum für Digitalisierung und Herr Herrmann darf mit verfassungsmäßig fragwürdigen Law-and Order-Instrumenten Cybercrime bekämpfen.

Im Ergebnis bedeutet das nicht nur die Zerstückelung eines Querschnittsthemas, sondern vor allem jede Menge weiße Flecken auf der digitalen Landkarte.

Denn bei so wichtigen Themen wie der digitalen Bildung, bei digitalen Bürgerrechten und beim digitalen Verbraucherschutz herrscht in Bayern nach wie vor Fehlanzeige.

„Laptop und Lederhosen“ ist schon lange kein Rezept mehr für einen erfolgreichen digitalen Wandel Bayerns – selbst mit Laptop und Dirndl kommen wir nicht weiter. Die vierte Industrielle Revolution hat längst auch den Dienstleistungssektor erreicht. Maschinen lernen gerade das Denken, selbst Zeitungsartikel können heute schon von Computern verfasst werden.

McKinsey sagt voraus, dass allein in Bayern bis zu 40% der heutigen Arbeitsplätze von den Auswirkungen der Digitalisierung und weiteren Strukturbrüchen betroffen sein werden. Die Ängste, die viele Menschen haben sind also durchaus berechtigt.

Für uns ist es an der Zeit, zu entscheiden, welche Aufgaben künftig weiterhin von Menschen erledigt werden müssen und welche Arbeiten uns intelligente Maschinen abnehmen dürfen. Denn nicht alles, was möglich ist, ist auch gut.

Diese Entscheidungen werden unsere Zukunft bestimmen.

Diese Entscheidungen werden bestimmen, wie wir den digitalen Wandel meistern.

Diese Entscheidungen werden bestimmen, was unsere Kinder in der Schule lernen sollen, um für das Leben und die Arbeitswelt von morgen gerüstet zu sein.

Die bayerische Wirtschaft – und Bayerns Bürgerinnen und Bürger, die diese Wirtschaft tragen - haben sicher ein großes Interesse daran, dass wir diese Fragen heute beantworten – und sie richtig beantworten.

Was es dafür braucht, ist ein komplettes Update unseres Bildungssystems: Digitale Bildung bedeutet doch nicht altes Lernen mit neuen Medien. Wobei es auch da, bei der digitalen Ausstattung und bei den Breitbandzugängen an Schulen noch allerorten hakt. Wir liegen da gegenüber Skandinavien oder England meilenweit zurück.

Digitale Bildung heißt selbstbestimmt und kreativ mit der digitalen Welt umgehen zu können. Um das zu erreichen, müssen wir die Medienbildung verpflichtend in die Lehrpläne aller Schularten aufnehmen, und jedem Jungen - und jedem Mädchen auch selbstverständlich Grundlagen der Informatik zu vermitteln. Denn es gar nicht darum, dass jeder und jede zwingend programmieren können muss oder wir eine Generation von Webmastern ausbilden. Sondern zu verstehen, wie die Codes aufgebaut sind, die zunehmend unsere Lebens- und Arbeitswelt beeinflussen, damit wir selbstbestimmt urteilen können.

Das diskutieren Expertinnen und Experten nun seit über 30 Jahren, aber das Kultusministerium schiebt diese Themen weiterhin auf die lange Bank – da müsste man ja Geld in die Hand nehmen, die Lehrerinnenbildung revolutionieren oder gar das starre dreigliedrige Schulsystem in Frage stellen!

Sie schlagen nun einen Masterplan digitale Bildung vor – da wären wir sofort d'accord – allein, mir fehlt der Glaube, denn dafür sind Sie faktisch gar nicht zuständig, und im Doppelhaushalt konnte ich dazu bisher auch keine Gelder entdecken.

Nun zurück zu dem von Ihnen vorgestellten Konzept für das Zentrum für Digitalisierung, das einzig Konkrete aus Ihrem Plan:

In dem Papier das uns vorliegt, spielen die zukunftsentscheidenden Themen „Bildung“, „Arbeitsmarkt der Zukunft“ und „Technikfolgenabschätzung“ bisher kaum eine Rolle. Mit dieser Schwerpunktsetzung werden Sie es aber sicher nicht schaffen, *„die Arbeitsplätze von morgen zu sichern, Chancen überall im Land zu eröffnen und soziale Sicherheit für die kommenden Generationen zu schaffen“*.

Inhaltlich kommt es jetzt ganz stark auf den Ausschreibungsprozess an. Inwieweit schlagen tatsächlich nicht nur die technischen, sondern auch die sozialen und gesellschaftlichen Fragestellungen ihren Niederschlag? Wir appellieren hier noch einmal ganz ausdrücklich an die Expertinnen und Experten, die derzeit definieren, in welchen zukunftsweisenden Themenfeldern die 20 neuen Professuren ausgeschrieben werden.

Zu einem weiteren Punkt aus Seehofers damaliger Regierungserklärung, der sich heute leider nicht mehr wiederfindet: das **nachhaltige Wachstum**. Wir würden dieses Ziel realistischer formulieren als „Erhalt des Wohlstands ohne eine weitere Zerstörung der Natur“ – damit wäre schon sehr viel gewonnen.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für eine ökologische Modernisierung. ABER: Digitale Informations- und Kommunikationstechnik ist nicht grundsätzlich umweltfreundlich. Sie benötigt in steigendem Maße Energie und ist somit auch für einen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich – weltweit bereits drei Prozent und damit mehr als der gesamte Flugverkehr. Bei ihrer Produktion werden seltene Erden benötigt, deren Gewinnung unter problematischen Bedingungen erfolgt.

Wenn wir diese Technologien richtig einsetzen, werden sie unser Leben und unsere Wirtschaft klimafreundlicher machen können. Bayern hat die besten Voraussetzungen, im Bereich der Forschung und Entwicklung von „**Green by IT**“ eine Leitregion zu werden. Wir haben bereits die Unternehmen, die Forschungseinrichtungen und wir haben das Bewusstsein, dass unsere Ressourcen endlich sind.

Die Forschungs- und Kooperationsplattformen, die zu den Themen „Digitalisierte Produktion“, „Vernetzte Mobilität“, „Digitalisierung im Energiebereich“ eingerichtet wurden, sind grundsätzlich geeignet, Bayern im Bereich der ökologischen Modernisierung voranzubringen. Damit dies gelingt, muss „Green IT“ als Überschrift zu diesen Themenbereichen definiert werden. Die gesamte Forschung und Entwicklung in den Bereichen Produktion, Mobilität und Energie ist an diesem Ziel zu messen.

Wenn ich dann aber höre, dass bei der vernetzten Mobilität Ihr Ziel ist, die ohnehin schon völlig überfüllte A9 als Teststrecke für autonomes Fahren zu missbrauchen, wird mir himmelangst. Innovativ und viel wichtiger wäre doch eine intelligente Vernetzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs!

Sie haben sich bei der Entwicklung des Konzepts für das Zentrum für Digitalisierung auf einen **Dialogprozess** mit Hochschulen und WirtschaftsvertreterInnen aus ganz Bayern gestützt. So konnte zumindest ein regional einigermaßen ausgewogene Lösung erstellt werden, die auf die Synergien des Zentrums in Garching mit der TU München setzt aber gleichzeitig Hochschulen in ganz Bayern einbezieht. Hier nehme ich Sie nun beim Wort, dass auch wirklich 70% der Gelder in die Fläche gehen!

Die Bedenken der Kollegen und Kolleginnen der SPD, dass das Zentrum in Nordbayern besser angesiedelt wäre teile ich deshalb nicht, obwohl ich als Fränkin sehr auf eine ausgewogene Verteilung der Mittel achte.

Es gibt andere Dinge die viel besser nach Franken gepasst hätten- z.B. das IT-Gründerzentrum WERK1-Bayern!, denn wir haben in Nürnberg einen ebenso hohen Anteil an ITK-Unternehmen wie in München! Die Gründerzentren in den Bezirken sind ein Ansatz, aber so schlecht ausgestattet, dass es mehr ein Feigenblatt darstellt als eine echte strukturpolitische Maßnahme.

Der Ansatz, primär forschungsbasiert vorzugehen, ist sicher richtig, um eine langfristige Wirkung zu erzielen. Vergleiche zeigen, dass eine Clusterbildung um erfolgreiche Hochschulen der Innovationsmotor für Startup-Firmen in ihrem Dunstkreis war.

Aber anstatt den Großraum München über den Grünen Klee als IT-Region von europäischem Rang zu loben, sollten Sie auch erwähnen dass wir beim Prozentsatz der Gründungen nicht nur weltweit völlig abgeschlagen sind, sondern auch deutschlandweit unter ferner liefen – nämlich nur auf Platz Acht!

Uns fehlen hier weitere Faktoren wie einen ausreichenden Zugang zu privatem Venture-Capital! Die ständigen Vergleiche mit dem Silicon Valley sind somit mehr als gewagt.

Im Bereich **Innovationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs)** hat sich Ihr Ministerium bisher auch noch nicht wirklich mit Ruhm bekleckert. Bestes Beispiel sind die **Innovationsgutscheine**. Die hat „Bayern Innovativ“ bislang offenbar nach dem Gießkannenprinzip vergeben - ohne klare Linien, was denn nun sinnvoll ist.

Die Tatsache, dass Ende 2014 publik wurde dass damit auch eine **Pornoplattform** gefördert wurde, spricht Bände. Genauso, dass danach vor Schreck die Förderung für Softwareentwicklung gleich ganz eingestellt wurde, anstatt sich sinnvolle Kriterien für die Vergabepaxis zu überlegen.

Jetzt heiß es aus dem Wirtschaftsministerium auf meine Anfrage, es werden neue Instrumente dafür entwickelt – da bin ich nach Ihrer Rede nun sehr gespannt, ob der neue Digitalbonus diesmal zielgenauer trifft.

Wir fordern jedenfalls eine Ausrichtung der Startup- und Innovations-Förderung nach Nachhaltigkeits- und Fairnesskriterien aufzunehmen.

Um zumindest einmal mehr Klarheit über die Situation in ganz Bayern zu bekommen und konkrete Fortschritte auch messen zu können, braucht es außerdem einen regelmäßigen IKT-Wirtschaftsbericht.

Kritisch zu sehen ist auch die Frage, wie Sie denn nun konkret den Mittelstand stärken wollen – Nach Expertenmeinung und auch nach ihrem eigenem Industriebericht 2013 sehen sich nämlich vor allem KMUs vom Trend zur Industrie 4.0 deutlich abgehängt.

Statt dem bayerischen Mittelstand, der maßgeblich unsere Wirtschaft trägt, den Rücken zu stärken, haben Sie ihm letzte Woche im Münchner Merkur erst einmal Nachholbedarf attestiert. Jeder müsse sich hier selbstkritisch überprüfen – und der Staat müsse Unterstützung und Beratung bieten. Im letzten Punkt sind wir ganz Ihrer Meinung. Nachdem der Staat aber ja nun mal Sie sind, vermissen wir hier Ihren Einsatz! Eine konkrete Unterstützung, Beratungs- und Vernetzungsangebot für die mittelständischen Unternehmen fehlt nämlich auch in Ihrem Konzept.

Wir haben ja das Glück, bereits etliche Unternehmen mit top-know-how im Bereich Industrie 4.0 in Bayern zu haben (beispielsweise KUKA in Augsburg oder Siemens). Wir müssen dafür sorgen, dass der Wissenstransfer zwischen den innovativen, großen Unternehmen und den kleineren Firmen klappt. Und auch eine Vernetzung der mittelständischen Unternehmen, die in den gleichen Branchen tätig sind, ist dringend nötig, um Akzeptanz, Begeisterung und Wissen zu fördern.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Baden-Württemberg! Dort wurde kürzlich eine Vernetzungsplattform „Allianz 4.0“ eingerichtet, bei der bereits über 50 Unternehmen und die IHK mit an Bord sind.

Die Forderung der IHK, im Beirat Bayern.Digital auch Vertreterinnen der Kammern aufzunehmen, können wir deshalb unterstützen. Ebenso sollten aber auch VertreterInnen der Zivilgesellschaft mit aufgenommen werden, wie z.B. die Verbraucherzentralen, um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger mit zu berücksichtigen.

Wenn Sie ein Zögern des Mittelstands bemängeln, sollten Sie sich jedoch auch darüber bewusst sein, dass wir hinsichtlich der **IT-Sicherheit** noch nicht so weit sind, dass eine Umstellung gefahrlos erfolgen könnte und auch viele Unternehmen noch einen dringenden Beratungs- und Handlungsbedarf haben. Wir haben es bei Industrie 4.0 mit offenen, vernetzten Systemen zu tun, die gehackt werden können. Ein Zaun um die Produktionsanlagen reicht heute nicht mehr. „Lösungen zu diesen Themen sind derzeit noch Gegenstand der Forschung. Aktuelle Standards sagen dazu praktisch nichts.“ Das sagt nicht irgendjemand, sondern immerhin Prof. Liggesmeyer, der Leiter Ihrer Expertenkommission. Hier sollte also gebotene Vorsicht nicht mit Innovationsverweigerung verwechselt werden.

Vertrauen in neue Technologien kann nur wachsen, wenn Technologien Sicherheit bieten. Die Staatsregierung schickt aber diejenigen, die sich Sorgen um Angriffe aus dem Internet machen direkt zum **Verfassungsschutz**. Dort soll seit dem Jahr 2013 das **Cyber-Allianz-Zentrum** Unternehmen bei der Abwehr von digitalen Angriffen unterstützen. Die Staatsregierung verwischt dabei die Grenze zwischen den Aufgaben von Polizei und dem Verfassungsschutz immer weiter, jetzt kommt auch noch Beratung zu IT-Sicherheit dazu. Mit dieser Bündelung stehen wir im Ländervergleich alleine da.

Und das Cyber-Allianz-Zentrum wird von der Wirtschaft auch nur sehr schleppend angenommen – wen wundert's, wird hier doch der Bock zum Gärtner gemacht!

Es wird bei Ihrer Vorstellung völlig außer Acht gelassen, dass **Datensicherheit** nicht nur ein Thema für die Unternehmen ist, sondern auch für jede Bürgerin und jeden Bürger. Hier verhält sich die Staatsregierung fahrlässig. Das ist besonders schäbig, da die Bürgerinnen und Bürger von Ihnen stets darauf verwiesen werden, sich selbst schützen zu müssen, wenn uns neue Skandale über NSA und Co beunruhigen. Es ist dringend notwendig die Verschlüsselungstechnik für E-Mails und elektronische Kommunikation zu verbessern!

Anwenderfreundliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist das Stichwort! Hier muss ein Schwerpunkt bei der Forschung gesetzt werden! Und zum Schutz der Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen vor Überwachung durch ausländische Nachrichtendienste brauchen wir ein Abkommen aller EU-Mitgliedsstaaten mit den USA auf einem einheitlich hohen Datenschutzniveau.

In einer globalisierten Welt, in der große Internetkonzerne aus den USA und Asien mittlerweile fast ein Monopol auf den Umgang mit und Nutzung und Auswertung großer Datenströme haben, werden wir mit Forschung und Wirtschaftsförderung innerhalb Bayerns nur einen kurzen Hebel haben, der Monopolbildung Einhalt zu gebieten und unseren Unternehmen faire Markt- und Wachstumschancen zu bieten.

Hierzu ist endlich ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zu einer **besseren Regulierung auf Bundes- und vor allem Europäischer Ebene** nötig. Bisher war Deutschland aber eher der Bremser, wenn es um Themen wie Netzneutralität, besseren VerbraucherInnen- und ArbeitnehmerInnenschutz in der digitalen Welt oder eine einheitliche **Europäische Datenschutzgrundverordnung** geht.

Ich freue mich, dass Sie, Frau Aigner sich nun erstmals auch eindeutig für die Europäische Datenschutzgrundverordnung aussprechen, bisher haben wir da von Seiten der CSU noch ganz andere Töne gehört, während wir Grüne bereits viele parlamentarische Initiativen eingebracht haben.

Als Fazit:

Sie können nun voller Optimismus eine digitale Strategie skizzieren, aber die Gesamtschau wird in der Realität im **KleinKlein der Zuständigkeiten** zerrieben werden – solange die Strukturen so sind wie sie sind.

Das sieht man übrigens nirgendwo besser als bei unserer täglichen Arbeit hier im **Bayerischen Landtag**. Die Digitalisierung betrifft als Querschnittsthema nicht nur nahezu sämtliche Lebensbereiche, sondern auch verschiedene Politikfelder. Selbst wenn wir nur die im engeren Sinn betroffenen Themen betrachten, sind diese mindestens fünf verschiedenen Ausschüssen, zwei ständigen Kommissionen und vier verschiedenen Ministerien zugeordnet. Das macht es für uns Abgeordnete extrem schwer, sich einen Überblick zu verschaffen und unserer Kontrollfunktion sachgerecht nachzukommen.

Eine solche Zersplitterung der Kompetenzen hemmt die Weiterentwicklung der Themen. Eine ähnliche Situation bestand bis zur letzten Legislatur im Bund, dort ist man mittlerweile aber schon weiter!

Auf Empfehlung der Enquete-Kommision „Internet und Digitale Gesellschaft“ gibt es dort seit über einem Jahr auch einen ständigen Ausschuss „Digitale Agenda“.

Warum gründen wir denn nicht auch in Bayern einen **festen Landtagsausschuss „Digitale Agenda“**, das wäre doch einmal ein zukunftsweisender und transparenter Schritt für bessere parlamentarische Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten. Und hier sind wir auch gerne bereit, konstruktiv mitzuarbeiten.

Unterm Strich: Bayern.Digital, wie Sie es gerade vorgestellt haben, bildet nur einen kleinen Ausschnitt der Herausforderungen ab, denen Bayern begegnen muss. Das Zentrum für Digitalisierung scheint nun konkret zu werden. Alles andere? Nichts als nebulöse Absichtserklärungen!

Ich hoffe, dass der große Wurf doch noch kommt. Denn Bayern als Leitregion für den digitalen Aufbruch - diese Chance sollten wir nicht aus der Hand geben - im Sinne unserer Wirtschaft, aber vor allem im Sinne der Bayerischen Bürgerinnen und Bürger!

Vielen Dank!